Nr. 71 **166. Jahrgang** **Freitag, 24. März 1916**

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter" werden dem „Anzeiger" viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen" zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen" erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Brühl'schen Universitäts-Buch- und Steindruckerei. R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: 951, Schriftleitung: 112. Adresse für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

88. Sitzung, Donnerstag, 23. März.

Am Bundesratstische: Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich, Reichspostsekretär Kraetke.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Kriegssteuern und der Etat.

(Zweiter Tag.)

Abg. Stresemann (Natl.):

Der Reichsschatzsekretär hat seine Etatsrede dahin ausklingen lassen, daß die Neugestaltung der Reichsfinanzen vor sich geht, während unsere Kanonen vor Verdun donnern. Das ganze deutsche Volk schließt sich diesem Gedanken aus innerstem Herzen dankbar an. Vor einem Jahre waren wir und Oesterreich-Ungarn in Verteidigungsstellung gegen Rußland, heute sind Polen, Serbien und Montenegro erobert und die Dardanellen befreit. Dazu die Kämpfe bei Verdun und im Osten.

Seit wir zuletzt zusammen waren, ist ein Wechsel im Reichs-Marineamt eingetreten. An der Spitze seiner Geschäfte steht nicht mehr der Staatssekretär v. Tirpitz. Die Nachricht von seinem Rücktritt hat im ganzen deutschen Volk eine tiefe Bewegung ausgelöst. Unser Volk ist in seinem Innersten monarchisch gesinnt, auch in dem Sinne, daß es gern seine Gedanken in einer Person verkörpert sieht, und so sah es in Tirpitz den Mann, der uns die Entwicklung der deutschen Flotte personifizierte und der uns den Willen des deutschen Volkes zur See verkörperte. (Beifall.) Er hat den Flottengedanken tief in unsere Herzen gepflanzt. Alle weitschauenden weltpolitischen Pläne haben von ihm stets verständnisvolle Förderung erfahren. Ich erinnere an die Denkschrift des Reichsmarineamtes über die Seegeltung, die zuerst weite Kreise die große Bedeutung der deutschen Weltwirtschaft hat erkennen lassen, wie auch an den glänzende Verwaltung unserer Kolonie Kiautschou, wie auch an den Geist unserer Flotte. (Beifall.) Ihm folgen unsere herzlichen persönlichen Wünsche. Unauslöschlich wird sein Name mit der Geschichte des deutschen Vaterlandes und der deutschen Flotte verbunden sein. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Feinde haben sich das Ziel gesetzt, uns wirtschaftlich niederzuringen. Leugnen zu wollen, daß der Wirtschaftskrieg seine Wirkungen ausübt, wäre falsch. Die Denkschriften über die wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges zeigen, daß wir in manchem schwer zu ringen haben und daß wir uns gegenüber den Versuchen unserer Gegner, uns wirtschaftlich zu ersticken, in Abwehrstellung befinden. Trotzdem können wir das eine feststellen: der Krieg, der gewaltige Zerstörer, hat uns trotz all seiner Einwirkungen politischer und wirtschaftlicher Natur heute, nach 1¾ Jahren, weit stärker gefunden, als irgend jemand voraussehen konnte. Wir haben die Kraft gefunden, das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten und dem Reich die Mittel zu gewähren, um seine Finanzen im Gleichgewicht zu erhalten. Für die Struktur des deutschen Wirtschaftslebens war die Stärkung der deutschen Landwirtschaft sehr wichtig, deren Leistungen man nicht hoch genug einschätzen kann. Kein anderes Land hat so viel an Kriegsanleihe gezeichnet wie wir. Das Anleihezeichnen ist noch keine patriotische Tat, denn die Anleihe ist eine gute, garantierte Anlage, aber in dem ziffernmäßigen Ergebnis kommt nicht nur die Wirtschaftskraft des Landes, sondern auch das unbedingte Vertrauen des deutschen Volkes in den Endsieg der deutschen Waffen und in unsere Zukunft zum Ausdruck.

Ich teile die Auffassung des Reichsschatzsekretärs, daß wir die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes hätten missen lassen, wenn wir bei einem Kriege, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, die gewaltigen Ausgaben weiter und weiter lediglich durch Anleihen decken wollten. Wir müssen allmählich das Gleichgewicht herstellen. Ich möchte davor warnen, auch jetzt noch die Lage als zu rosig anzusehen, und etwa zu glauben, daß man leicht auf diese oder jene Steuer verzichten könne. Von einer Balancierung des Etats ist zunächst keine Rede, weil die Ausgaben für Heer und Flotte durch die Kriegsausgaben laufen. Im Verhältnis zu früher werden geradezu ungeheuerliche Anforderungen an uns gestellt werden, sobald der Krieg zu Ende ist. Da dürfen wir keine Vogelstraußpolitik machen; schauen wir den Dingen ins Gesicht! Auch Sparsamkeit allein tut es nicht. Wir müssen dem Schatzsekretär sagen: „Wir brauchen Geld. — so schaff' es!"

Der Deutsche Handelstag, die vornehmste Vereinigung aller deutschen Handelskammern, hat ausgesprochen, daß Handel und Industrie bereit sind, sich den Steuerbedürfnissen des Reiches nicht zu versagen. (Beifall.) Die Vertretung der Industrie und der Hansabund haben gegen die Steuervorlagen keinen Einspruch erhoben. Das bedeutet noch nicht die Zustimmung zu den einzelnen Steuern. Aber es bedeutet, daß Handel, Industrie und Gewerbe in ihrer Gesamtheit damit einverstanden sind, daß man an ihnen nicht vorbei kann, wenn neue Mittel für das Reich gebraucht werden. Die Stürme, die einst hier über die Steuervorlagen entfesselt wurden, erscheinen uns, in den Erfahrungen des Weltkrieges gemessen, heute kleinlich und recht wenig würdig der großen Aufgaben, die das Reich auch damals schon zu lösen hatte. (Sehr richtig! und Beifall.) Man muß doch schließlich aus den Ergebnissen des Krieges lernen. Wenn irgend etwas einen kläglichen Eindruck macht, so ist es die Steuergeschichte des Deutschen Reiches. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Nationalliberalen, wiederholte Rufe bei den Soz.: Scheu vor direkten Steuern! Erbschaftssteuer!) Meine Partei kann sich von Schuld freisprechen. Es ist von allen Parteien gesündigt worden, ich nehme uns selber gar nicht aus. Denken Sie daran, wie die Franckensteinsche Klausel das Reich eingeschnürt hat, daß es niemals dazu kam, unabhängig zu sein. Es mußte große Beträge an die Einzelstaaten abführen und selber Anleihen machen, um seinen Bedarf zu decken. Man braucht nicht auf jeden Schrei eines Interessenten zu hören.

Nun zu den einzelnen Steuern! Zunächst die Tabaksteuer. Der Tabak ist bisher in Deutschland steuerlich täglich behandelt worden. Im Tabakgewerbe haben wir in Deutschland noch keine Zentralisation und man hat sich daher gescheut, hier zu viel einzugreifen. Bei der allgemeinen Preissteigerung in der Tabakindustrie jetzt im Kriege macht die Steuer nur einen geringen Teil aus und die Interessenten haben selbst erklärt, jetzt im Kriege eine solche neue Belastung leichter tragen zu können als nachher, wenn sie nur nachher Ruhe hätten. Man kann nicht die Zigarette vor der Zigarre herannehmen. Beide sind siamesische Zwillinge. Die Zigarre geht gegenüber der Zigarette immer mehr zurück. Der Uebergang von der Pfeife zur Zigarre und von der Zigarre zur Zigarette ist bezeichnend für den Uebergang des deutschen Volkes von der Beschaulichkeit zur rastlosen Tätigkeit und Unruhe.

Verhältnismäßig für unbedenklich halte ich die Besteuerung der Frachturkunden. Vielleicht wären hier noch größere Beträge eingesetzt, wenn man vorher die Interessenten gefragt hätte. An den Quittungsstempel wird man sich in der Stadt schneller gewöhnen als auf dem platten Lande; das ist bedenklich namentlich mit Rücksicht auf die vorgesehenen hohen Strafen. Die Spareinlagen müssen vom Quittungsstempel freibleiben. Gegen die Erhöhung der Postgebühren haben wir die größten Bedenken. Deutschland ist durch die Gründung des Weltpostvereins bahnbrechend im Verkehr gewesen. Wir sollten sorgsam prüfen, ob nicht hier ein zu weitgehender Eingriff gerade in der Kriegszeit zu Erscheinungen führen kann, die das finanzielle Ergebnis in Frage stellen. Das gilt namentlich von der Erhöhung der Telephongebühren. Viele Anschlüsse sind nur deshalb beibehalten worden, weil man hoffte, daß der Krieg bald zu Ende wäre; werden die Gebühren erhöht, werden zweifellos viele Anschlüsse gekündigt. Daher wird man vielleicht von der Erhöhung der Telephongebühren absehen müssen. Warum wird nicht eine Kriegsbriefmarke eingeführt, wie sie Oesterreich und auch schon andere Länder haben?

Die Kriegsgewinnsteuer ist ein soziales Aequivalent gegenüber den anderen Verkehrs- und Verbrauchssteuern. Vielfach ist eine ganz falsche Auffassung über die Kriegsgewinnsteuer verbreitet, weil sie einen ganz falschen Namen trägt. Wir werden uns in der Kommission zunächst mit dem Namen der Steuer zu befassen haben; in Wirklichkeit ist es eine außerordentliche Kriegs-Vermögenszuwachssteuer. Weiter haben wir in der Kommission die Höhe der Sätze zu prüfen. Ich möchte aber jetzt schon davor warnen, zu hohe Sätze einzuführen. Nur in einem Falle wäre ich für eine Besteuerung von hundert Prozent zu haben: bei den Kriegsgewinnen feindlicher Ausländer. Ein Vertreter einer englischen Firma teilt mir mit, daß er für seine Firma 400 000 Mark mehr herausgewirtschaftet hätte als in Friedenszeiten, und die liegen jetzt auf der Reichsbank.

Der Gedanke der Reichseisenbahneinheit, der jetzt von Exzellenz Kirchhoff wieder mit soviel Wärme und gutem sachlichen Material vertreten ist, ist heute unendlich viel schwerer durchzuführen als früher. Es ist aber gewiß des Deutschen Reiches unwürdig, wenn die einzelnen Eisenbahnbeutelstaaten einen Kampf gegeneinander führen. (Sehr richtig!) Das muß einmal auch von norddeutscher Seite gesagt werden. Der politischen Einigung Deutschlands müßte auch eine wirtschaftliche Einigung folgen. Wir werden uns der Prüfung des Gedankens, ob der Wehrbeitrag noch einmal zu erheben ist, nicht verfagen, obwohl wir schwere Bedenken haben, die sich namentlich auch auf die Verhältnisse nach dem Kriege beziehen. Ebenso sind wir gegen eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer etwa nach englischem Muster. Wir wollen uns aber diese Quelle jetzt, wo es sich um Aufbringung einer halben Milliarde handelt, nicht für die Zeit nach dem Kriege verschließen, wo wir vielleicht drei bis vier Milliarden neuer Steuern bewilligen müssen. Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der vielen Hunderttausenden von Toten und für die Krüppel und Invaliden darf sich nicht in so engen Kreisen halten wie einstmals nach dem letzten großen Kriege. (Sehr richtig! und Beifall.) Vor einer Milliarde dürfen wir nicht zurückstecken.

Wir kämpfen für das Reich, das Reich muß sich selbständig entwickeln. Bismarck schwebte eine unerschütterliche finanzielle Grundlage des Reiches als Ziel vor, die ihm eine dominierende Stellung verleihen sollte. Vielleicht hat er da an die Reichseisenbahnen gedacht. Eine solche organische Verbindung mit allen öffentlichen Interessen im Staat und Gemeinden wäre auf dem Gebiete großer Monopole noch möglich, wo wir neue große Staatswirtschaftsgebiete schaffen können, ehe auch diese Zeit so vorbeigeht, wie sie bei den Reichseisenbahnen vorbeigegangen ist. (Zustimmung.) Gegen die unberechtigte Steuerscheu müssen wir vorgehen. Es ist eine Ehrenpflicht, jetzt mit seinem Besitz für das Reich einzutreten. Freuen wir uns, daß unsere Wirtschaft so ungebrochen ist, daß wir solche Steuern ertragen können. Die Leipziger Messe 1916 hat trotz aller Nachahmungsversuche in London und Lyon und der Erschwerung der Ausfuhr einen glänzenden Erfolg gehabt. (Beifall.) Wo eine Ausfuhr möglich ist, soll man sie nicht durch bureaukratische Engherzigkeit erschweren. (Sehr richtig!) Die Leute werden von Pontius zu Pilatus geschickt. Durch die lange Verzögerung der Bescheide gehen sehr oft Aufträge an England. (Hört, hört!)

Der Baum des deutschen Wirtschaftslebens läßt sich nicht entwurzeln, wenn auch manche Blätter hinweggefegt werden. Wir werden das Land der Arbeit bleiben müssen. Nur der erwirbt sich Freiheit wie das Leben, der sie sich täglich erobert. Haben wir bisher einige Wochen oder Monate für den Staat gearbeitet, so werden wir, wenn es sein muß, auch ein halbes Jahr für den Staat arbeiten, weil es für uns das höchste ist, unsere Freiheit in der Zukunft. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Wenn wir auch während des Weltkriegsjahres unsere Finanzen auf eine neue Grundlage stellen, so müssen wir zuvörderst derer gedenken, denen wir es verdanken, daß wir unsere Finanzen noch fest in der Hand halten und sie nicht der liebevollen Behandlung von Kosakenhäuptlingen ausgesetzt sehen. Der finanzielle Abschluß des Etatsjahres mag in seinen Ergebnissen zweifelhaft sein, der militärisch-politische Abschluß des letzten Jahres ist von weltgeschichtlicher Größe. (Sehr richtig.) Der russische Riese ist weit in sein Land hinein zurückgedrängt, der Weg nach dem Balkan geöffnet und gesichert, die Mauer im Westen gegen immer wiederholte Angriffe gewaltiger Uebermacht fest und unerschütterlich dastehend, die neuen Kämpfe im Osten und Westen, auf die die ganze Welt mit gespannter Aufmerksamkeit, auf die wir mit warmem Herzen, mit heißem Sehnen und mit zuversichtlicher Hoffnung blicken, all diese Leistungen unserer Armee sind Heldentaten, die von keiner Tat übertroffen werden, von der die Geschichte berichtet und die Dichter singen und sagen. Dem gesellt sich würdig hinzu, was unsere Flotte leistet. (Beifall.) Mag sie in schwer erträglicher, scheinbarer Untätigkeit auf treuer Wacht stehen, mögen unsere Kreuzer kühne Heldenfahrten verrichten, wie sie die Phantasie eines Dichters nicht kühner, nicht romantischer ausgestalten kann, mögen die Führer und Mannschaften unserer Unterseeboote trotz der gefahrvollen Tage, in der sie sich befinden, überall neue Erfolge gegen den Feind erringen — stets steht die Flotte ebenbürtig dem Heere zur Seite. (Beifall.) Kein Wort des Dankes und der Anerkennung ist groß genug, um das zu kennzeichnen. (Beifall.) Zu dem Dank und der Anerkennung gesellt sich das unbeirrte und unerschütterliche Vertrauen zu unserer obersten Heeresleitung, die stolze Zuversicht auf die militärische Führung, unsere Streitmacht zu Lande und zu Wasser. (Lebhafter Beifall.)

In unseren Dank und unsere Anerkennung begreifen wir mit ein den Mann, dessen Scheiden aus zwanzigjähriger Zusammenarbeit gestern vom Präsidententische aus uns neu mitgeteilt worden ist. Das Lebenswerk des Großadmirals von Tirpitz, von ihm in treuem Wirken geschaffen, unter der leitenden und anregenden Führung seines kaiserlichen Herrn, ist diese Flotte, auf die wir heute mit so berechtigtem Stolz und mit großer Zuversicht blicken. Meine politischen Freunde — ich scheue mich nicht, das heute auszusprechen — haben im Anfang seiner Laufbahn nicht immer von vornherein seinen Wegen folgen zu können geglaubt, getragen von der Ueberlieferung des Wertes der Landmacht und einer starken Heimatpolitik. Um so gesicherter, um so fester steht unsere Zustimmung da: zu der wir uns zeitig genug durchgerungen haben. Auch wir haben erkannt, daß der Großadmiral von Tirpitz unserem Volke neue Bahnen gewiesen hat, uns ein neues Verständnis für die Bedeutung der Betätigung über See eröffnet hat und daß er und die Kenntnis der Grundlagen verschafft hat, auf denen allein die Seegeltung gegen den mißgünstigen Tyrannen der Meere behauptet werden kann. Was Tirpitz unserem Volke gewesen ist, was er geschaffen, was er uns gewährt hat, steht unauslöschlich in den Ruhmesblättern der deutschen Geschichte. (Lebhafter Beifall.)

Nach der gestern vom Präsidenten angekündigten Vereinbarung findet eine Besprechung allgemeiner politischer Fragen jetzt nicht statt. Wir haben, dem Wunsch großer Parteien des Hauses folgend, dieser Vereinbarung nicht widersprochen, auch soweit es sich um die eine Frage des U-Boot-Krieges handelt, die mit Recht unser Volk heute so lebhaft beschäftigt. Die Vereinbarung haben wir durch unser Verhalten in der Voraussetzung gebilligt, daß eine um so gründlichere, deutlichere und erschöpfendere Aussprache in der Kommissionssitzung stattfinden wird, die von dem Präsidenten für den Anfang der nächsten Woche in Aussicht gestellt worden ist, und in der weiteren Voraussetzung, daß unser Verhalten auch durchaus keinen Verzicht, sondern lediglich einen Aufschub einer Erörterung der Frage auch im Plenum bedeutet. (Lebhafte Hört, hört links. Sehr richtig! rechts. Unruhe.) Mit voller Offenheit und Ehrlichkeit hat uns der Reichsschatzsekretär die Verhältnisse dargestellt. Wir verschließen auch in schwieriger Lage nicht die Augen. Die prinzipielle Zustimmung aller Parteien zu der Aufbringung des Bedarfs der Steuervorlagen liegt in den Verhältnissen begründet.

Auch wir meinen, daß der Besitz die Opfer bringen muß, die für das Vaterland notwendig sind. Die Steuerpflicht ist aber allgemein und gilt auch für weniger Wohlhabende. Die Sozialdemokraten wollen allerdings das Reich proletarisieren und demokratisieren. Wir anderen erblicken aber in der Selbständigkeit der Einzelstaaten ein hohes Gut. Ich kann mich der Warnung des Abgeordneten Stresemann nur durchaus anschließen, mit den Sätzen nicht über die Vorlage hinauszugehen. Wir sind aber nicht bereit, hierüber hinaus dem Reiche neue Steuern auf den Besitz zu gewähren. Vor allem ist es jetzt nicht an der Zeit, das Problem der Erbschaftssteuer anzurühren. Die Erbschaften unterliegen jetzt einer dreifachen Besteuerung: der Erbschaftssteuer, die in der Seitenlinie bis zu 30 Prozent geht, der Besitzsteuer, die bis zu 2½ Prozent geht, und der Kriegsgewinnsteuer, die bis zu 50 Prozent geht. Das Kindererbe wird durch die Besitzsteuer und die Kriegsgewinnsteuer getroffen. Man hat so viel von der Stimmung im Lande gesprochen. Wie muß es aber auf die Stimmung da draußen im Felde wirken, wenn es heißt, die Erbschaften der Gefallenen sollen stärker herangezogen werden. Gegen eine nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages müssen wir uns mit aller Entschiedenheit aussprechen. Würde ein solcher Antrag angenommen, so würde das unsere Stellung auch zu den anderen neuen Steuern beeinflussen können.

Für die Tabaksteuer haben sich die Interessenten ausgesprochen, falls sie möglichst bald eingeführt wird. Der Tabakbau muß geschützt werden. Bedenken bestehen gegen den Quittungsstempel. Wir verschließen uns ihnen nicht. Der Frachturkundenstempel kann den Transport landwirtschaftlicher Massengüter beeinträchtigen. Die Reichsbank kann größere Erträge liefern. Die Verbreitung des Telephons auf dem flachen Lande darf aber nicht gehemmt werden. Unser Wirtschaftsleben ist gesund und stark und wird auch die Belastungsprobe der neuen Steuern ertragen. Die Meinungsverschiedenheiten müssen in dem Entschluß ausgetragen werden, daß alles für das Vaterland geschieht. Die Erledigung der Steuervorlagen ist ein neues Zeichen unserer wirtschaftlichen Unüberwindlichkeit (Beifall).

Abg. Mertin (Deutsche Fraktion):

Unsern herrlichen Truppen gebührt unser lebhafter Dank für ihre Großtaten. Die „Bayerische Staatszeitung" hat unseren Antrag in der U-Boot-Frage als Eingriff in die Kommandogewalt und der Kriegführung bezeichnet. Wir als die traditionellen Hüter der Kommandogewalt auch in schwierigen Augenblicken weisen diesen Vorwurf auf das schärfste zurück. Der Antrag betrifft eine Maßregel, die in monatelangen diplomatischen Verhandlungen erörtert worden ist. (Unruhe, Rufe: Gegen die Abrede!) Ich will nur einen öffentlichen Angriff als unberechtigt abweisen. (Zustimmung b. d. D. Fr.) Der Name des Großadmirals v. Tirpitz wird unvergänglich sein, so lange die deutsche Flotte besteht. Der englische Aushungerungsplan wird scheitern. Wir wollen den Besitz nicht schonen, aber wir brauchen eine reinliche Scheidung zwischen den Steuerobjekten im Reich und Staat. Der Tabak verträgt eine ausgiebigere Besteuerung. Unser Beamtenapparat könnte vereinfacht werden.

Abg. Hoch (Soz.):

Der Geist des 4. August 1914 ist in den Ausführungen der andern Redner nicht zu verspüren. Mit kleinlichen, engherzigen Gründen verteidigt man die Vorlagen, zugunsten der Besitzenden.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Meine Herren! Sachlich hätten mir die Ausführungen des Abgeordneten Hoch keine Veranlassung zu einer Erklärung gegeben, denn er hat nichts gesagt, was nicht sein Fraktionsgenosse Keil in besserer und sachlicherer Weise als er selbst ausgedrückt hätte. Dagegen muß ich doch auf das entschiedenste Verwahrung einlegen, wenn er die ernste Angelegen-

Volk, die uns beschäftigt, in dieser Weise auf das rein agitatorische Gebiet hinüberzuziehen sucht. (Lebhafte Zustimmung. Erregung bei den Soz.) Sie können über die neuen Steuern urteilen, wie Sie wollen, ich glaube, die große Mehrheit des Hauses und ich glaube die große Mehrheit im deutschen Volk ist mit uns der Meinung, daß die neuen Steuern, auch soweit die Verkehrssteuern in Betracht kommen, nicht in erster Linie eine Belastung der breiten Masse des arbeitenden Volkes darstellen, sondern sich in einer Weise verteilen, daß sie sehr wohl zu rechtfertigen sind, namentlich im Zusammenhang mit den andern direkten Steuern im Reiche und in den Bundesstaaten.

Ich muß Einspruch erheben, daß die Dinge so dargestellt werden, als ob diese neuen Steuern lediglich auf das arbeitende Volk kommen und daß die Reichen geschont werden sollen. (Zuruf bei den Soz.: Die werden auch geschont! — Unruhe.) Aber jedenfalls: Das verbitte ich mir; (große Unruhe bei den Soz.), daß der Abg. Hoch sagt, die Steuern seien berechnet auf den Nutzen der Reichen und den Schaden der arbeitenden Klassen. (Unruhe.) Darauf berechnet sind die Steuern nicht. Niemand, der an diesen Steuern mitgewirkt hat, hat eine solche Berechnung auch nur im allerentferntesten im Sinne gehabt. (Zuruf bei den Soz.: Sie wirken aber so! — Unruhe.) Aber Sie dürfen uns nicht zuschieben, daß wir die Steuern darauf berechnet hätten, so zu wirken. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Sache selbst will ich auf die einzelnen Steuern nicht eingehen, aber ich möchte auch den Herren Sozialdemokraten den Wunsch aussprechen, daß die Aussprache in sachlicherer Weise geschehen möchte, als es der Fall ist. Denn sonst — mir kommt es nicht darauf an, ob wir in acht Tagen oder vier Wochen fertig werden — sonst würde ich von einer Fortsetzung der Debatte in diesem Stile eine ernstliche Gefährdung der vaterländischen Interessen befürchten. (Lebhafte Zustimmung. Unruhe b. d. Soz.)

Ich glaube, Sie irren sich, wenn Sie annehmen, Sie hätten dabei das Volk hinter sich. Wir haben zu dem Volke das Vertrauen, daß es die Dinge ruhiger und vernünftiger ansieht, als es vom Abg. Hoch geschehen ist. (Lebh. Sehr richtig!) Dafür liegen mir auch gewisse Anhaltspunkte vor. Wir haben der Diskussion der Steuervorlagen so weit freie Hand gelassen, wie es mit den Kriegsverhältnissen irgendwie verträglich schien. Ich glaube, die Zusage, daß einer sachlichen Aussprache freie Hand gegeben werden sollte, ist erfüllt worden. (Unruhe bei den Soz.) Die Sozialdemokraten haben erst vorgestern 13 Versammlungen in Berlin abgehalten. (Zuruf bei den Soz.: Unter Polizeiaufsicht. Unruhe.) Die Polizei hat nicht in einem einzigen Falle einem Redner das Wort entzogen. (Zuruf des Abg. Stadthagen (Soz.): Das wäre ja noch besser? Große Heiterkeit.) Herr Abgeordneter Hoch, waren Sie über den Besuch besonders erfreut?! Ich habe hier den „Vorwärts", da lese ich: „In 13 fast durchweg gut besuchten Versammlungen nahmen gestern abend die Berliner Genossen zu den Steuervorlagen Stellung." An einer anderen Stelle heißt es: „Die Versammlung im zweiten Kreis in der Lützowstraße entsprach nicht dem, was man hätte erwarten können." Wenn der „Vorwärts", der doch gewiß nicht an Lungenkrankheit leidet (Heiterkeit), so sachlich spricht — ich glaube, Ihre Volksversammlungen gegen die Steuern waren kein Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, ziehen Sie daraus eine Lehre! Sehen Sie, wie das Volk die Dinge nimmt! Sehen Sie, wie in dem Volk das Bewußtsein groß ist, daß wir in dieser Zeit zusammenstehen sollen! Suchen Sie dem Volk dieses Gefühl nicht zu verleiden und ihm die Vaterlandsliebe, die Gott sei Dank bei ihm in Mark und Knochen steckt, nicht zu vergiften. (Stürmischer Beifall! Ruf bei den Soz.: Sie, durch Ihre Steuern! Große Unruhe.) Nein, meine Herren, ich weiß, was ich vertrete und was ich verantworten kann. Sie werden es auch wissen. Aber jeder gehe mit sich zu Rate und überlege! (Stürmischer Beifall. Unruhe bei den Soz.)

Abg. Hoch (Soz.):

Wenn der Staatssekretär über den geringen Besuch unserer Versammlungen gesprochen hat so hat er kein Gefühl dafür, daß Leute, die von morgens bis abends arbeiten müssen, daß Frauen, die stundenlang vor den Lebensmittelgeschäften stehen, und daß endlich Frauen, die ihre Männer oder ihre Söhne im Felde verloren haben, nicht in solche Veranstaltungen gehen. (Ordnungsruf.)

Präsident Dr. Kaempf:

Ich stelle dann ausdrücklich fest, daß Sie dem Staatssekretär nicht die Absicht unterschoben haben, das Vaterland zu schädigen, sondern das nur als Wirkung seiner Vorlage bezeichnet haben.

Abg. Hoch (Soz.):

Das muß doch jeder so verstehen, der deutsch versteht. (Ordnungsruf.)

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. Der Etat und die Kriegsgewinnsteuer gehen an die Budgetkommission, die übrigen Steuervorlagen an eine besondere Kommission.

Abg. Dr. Liebknecht (Wild):

Der Schluß der Debatte richtet sich in erster Linie gegen mich. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr: Kurze Anfragen, Etatsnotgesetz.

Schluß 3¾ Uhr.

Reichstagsabg. Prof. Dr. Werner bittet uns mitzuteilen, daß ihm am Mittwoch, um Liebknecht nicht zum Wort kommen zu lassen, ebenfalls das Wort zur Erörterung der neuen Steuervorlagen abgeschnitten worden sei, was er namentlich im Hinblick auf die von ihm nicht gebilligten Tabak- und Verkehrsabgaben bedauere.

Hessische Zweite Kammer.

rb. Darmstadt, 23. März.

Am Regierungstische: Staatsminister Dr. v. Ewald, Minister v. Hombergk, Präsident Dr. Becker, Ministerialräte Dr. Kratz, Schliephake, Geh. Oberfinanzrat Rohde.

Präsident Köhler eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr.

Die

Beratung des Staatsvoranschlags

wird bei dem gestern zurückgestellten Kap. 75, Förderung einzelner Zweige der Landwirtschaft, fortgesetzt und dasselbe mit 65 015 Mk. Einnahme und 273 302 Mk. Ausgabe bewilligt. Bei Kap. 75a beantragt der Ausschuß die Genehmigung der Ausgabe mit 195 200 Mark, dabei jedoch die Regierung zu ersuchen, die bewilligten Mittel nur in der Höhe zu verausgaben, die als unumgänglich notwendig nachgewiesen werden.

Abg. Hauck (Bbd.) führt hierzu aus, man dürfe diese Mittel nicht als Liebesgabe betrachten, sie würden für durchaus notwendige Zwecke verwendet, ganz besonders für die Förderung der Viehzucht. Eine Kartoffelnot sei nicht vorhanden, der Vorrat müsse nur richtig verteilt werden. Mit der Beschlagnahme des Kupfers sei man vielfach auf dem Lande zu weit gegangen.

Ministerialrat Schliephake gibt eine Darlegung über die Preisfestsetzung für Kartoffeln durch den Reichskanzler, die gerechtfertigt gewesen sei. Eine endgültige Regelung der Kartoffelfrage werde erst nach der Bestandsaufnahme am 16. April erfolgen können. Der Regierungsvertreter betont, daß man gut tue, den Zuckerrübenbau noch mehr zu fördern; im vorigen Jahre habe leider ein starker Rückgang im Anbau stattgefunden. In der Frage der Beschlagnahme von Kupfer sei ausschließlich das preußische Kriegsministerium zuständig. Als Vertreter für die Kriegsernährungsämter danke er dem Abg. Uebel für dessen anerkennende Worte. Die Angriffe gegen die Landesfuttermittelstelle seien nicht gerechtfertigt. Der Höchstpreis des Schrotes gegenüber dem Getreide sei ganz begründet. Die Bevölkerung müsse der Regierung Vertrauen entgegenbringen und sich auch entsprechend einschränken, sonst sei mit allen Maßnahmen und Verordnungen nichts getan. (Zustimmung.)

Abg. Reh (frf. Vp.) bespricht seinen vor längerer Zeit eingebrachten Antrag auf Beschränkung der Enteignung von Kupfer usw. und rügt die bei der freiwilligen Ablieferung des Metalls vorgekommenen Schwierigkeiten hinsichtlich des Transports und der Bezahlung. Die Landwirte würden dadurch besonders schwer getroffen; es sei auch kein wirklich zweckmäßiger Ersatzkessel vorhanden. Man hätte zunächst doch die Kupferstücke in den Familien freilassen und sich mehr an die Kupferdächer halten sollen, auch an die russische Kapelle auf der Mathildenhöhe. (Zustimmung.)

Abg. Breidenbach (Bbd.) spricht sich gegen eine Beschränkung des Zuckerrübenbaus aus, denn er sei durchaus notwendig. Redner hält die Festsetzung eines Höchstpreises für Futterrüben als dringend erforderlich. Eine Bestandsaufnahme für Kartoffeln am 15. April sei zu frühzeitig, man hätte den 15. Mai dafür bestimmen sollen. Wenn die Bestandsaufnahme für Kartoffeln bei dem jetzigen Höchstpreis von 9,60 Mk. erfolgt wäre, so würden nach seiner Meinung viel größere Posten von Kartoffeln zum Vorschein gekommen sein, als dies bei dem niedrigen Höchstpreis der Fall war. Bei einem Kartoffelpreis von nur 6,10 Mk., wie er früher vorhanden war, würden viele Kartoffeln zur Schweinefütterung verwendet worden sein. Mit der Schaffung der Stelle eines Ministerialrats für die Abteilung Landwirtschaft ist der Redner sehr einverstanden.

Ministerialrat Schliephake bemerkt dem Abg. Reh, es sei bereits die Abdeckung von Kupferdächern bei staatlichen Gebäuden angeordnet worden. Die Einführung von Höchstpreisen für Zuckerrüben stehe ebenfalls bevor.

Abg. Wolf-Stadecken (Bbd.) weist auf die Notwendigkeit hin, daß die Landwirte so viel Kartoffeln bauen müßten, so lange in den Städten Bedarf dafür sei. Wer sich damit nicht einverstanden erkläre, sei ein Spekulant. Der Verkauf solcher Saatkartoffeln, die lediglich Setzkartoffeln sind, sollte aufs Entschiedenste bekämpft werden; das sei ein Unfug. Der Redner bedauert auch, daß die Regelung der Flurschäden bei dem Festungsbau Mainz noch immer auf sich warten lasse.

Abg. Korell-Ingelheim (Fr. Vp.) bedauert, daß bei den vielfach von der Landwirtschaftskammer veranstalteten Pferdeversteigerungen die Landwirte keine Pferde erhalten können. Es sei zumeist nur ein sehr schwaches Angebot und eine sehr starke Nachfrage vorhanden. Den hohen Preis des Schrotes habe der Regierungsvertreter nicht hinreichend zu begründen vermocht. Bedauerlich sei auch, daß den Genossenschaften zur Abgabe an ihre Mitglieder nur ganz ungenügende Mengen von Düngemitteln zur Verfügung ständen.

Abg. Eißnert (Sozd.) beklagt die vielfach zutage getretene Tatsache, daß viele notwendige Mittel von ihren Besitzern zurückgehalten werden. Das habe auch heute der Abg. Breidenbach bezüglich der Kartoffelfrage ausdrücklich eingestanden. Sehr zu bedauern sei auch die völlig ungleichmäßige Verteilung der Futtermittel. Bei dem herrschenden Kupfermangel sollte man doch auch die Kupferdenkmäler ohne Kunstwert mit heranziehen.

Nach weiteren unwesentlichen Bemerkungen der Abg. Hauck (Bbd.), Breidenbach (Bbd.), Adelung (Soz.) und Reh (fr. Vp.) wird das Kapitel bewilligt.

Abg. Calman (natl.) führt nunmehr Beschwerde darüber, daß im „Darmstädter Tagblatt" und in der „Darmstädter Zeitung" seine Ausführungen über die Höchstpreise in den letzten Tagen mehrfach gekürzt und mit der Bemerkung abgetan wurden, daß mit Rücksicht auf die Zensurvorschriften die Wiedergabe nicht erfolgen könne. Er bitte den Herrn Minister darüber um Aufschluß.

Minister v. Hombergk erklärt, ihm sei von einer Zensur nichts bekannt; es habe hier jedenfalls eine übergroße Aengstlichkeit des betreffenden Berichterstatters vorgelegen. Der Minister erklärte weiter, er habe veranlaßt, daß der unterdrückte Passus in der Darmst. Ztg. noch nachträglich zum Abdruck kommen werde.

Abg. Calman ist von der Auskunft befriedigt und bemerkt noch, daß durch eine derartige Handhabung der Zensur doch auch nur das Gegenteil von dem erreicht werden könnte, was man bezweckte.

Zur Beratung gelangt darnach Kap. 73, Landwirtschaftliches Vereins- und Genossenschaftswesen. Der Ausschuß hatte hier beschlossen, die angeforderten Mehrkosten von 6900 Mk. für den Staatskommissar bei der landwirtschaftlichen Zentralkasse nicht zu genehmigen, wenn nicht von der Kasse Ersatz dafür geboten wird. Es entspinnt sich hierüber eine unwesentliche Debatte, an der sich die Abgg. Henrich, Dr. Weber, Molthan und Dr. Osann beteiligen. Auf Vorschlag des letzteren wird die Abstimmung über dies Kapitel auf morgen vertagt.

Beim Kapitel Kunststraßenwesen beantragt der Ausschuß einen Abstrich von 105 000 Mk. und Bewilligung einer Ausgabe von nur 1 145 406 Mk. Die Abgg. Uebel und Adelung stellen dazu den Antrag, Großh. Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß sämtliche Technikerstellen bei den Kreisen durch Bauaspiranten der Dienstaltersliste noch zu besetzen sind, event. zu erwägen, daß im Weigerungsfalle den betr. Kreisen die staatlichen Zuschüsse entzogen werden.

Abg. Stöpler (natl.) begründet darauf einen neuen Ausschußantrag, demzufolge anstatt des zuerst ganz gestrichenen Betrages von 90 000 Mk. als Staatsbeitrag an die Provinzen zur Bestreitung von $^{2}/_{3}$ der Kosten des Neubaus oder neubauartiger Umbauten 30 000 Mk. bewilligt und die früheren Kredite übertragen werden sollen.

Abg. Adelung (Soz.) bringt eine Reihe von Mißständen in der Berufstätigkeit der Bauaspiranten, die sein Antrag zu beseitigen bezwecke.

Abg. v. Helmolt (Bbd.) erklärt, daß dieser Antrag einen unzulässigen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Städte bedeute. Dieser Behauptung widersprechen die Abgg. Reh (fr. Vp.) und Lang (natl.), welch ersterer die Erwartung ausdrückt, daß die geplante anderweitige Organisation der Bauverwaltung recht bald in die Wege geleitet werden möge.

Abg. Uebel (Zentr.) legt dar, sein Antrag sei nur eine Wiederholung eines früheren Kammerbeschlusses; es warteten zahlreiche Aspiranten längst auf eine Anstellung. Einen Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung könne er nicht darin erblicken.

Ministerialrat Dr. Kratz bezeichnet den in dem Antrag vertretenen Gedanken für richtig. Den Kreisämtern seien die Wünsche der Betreffenden zur Kenntnis gebracht worden, die auch von ihnen zumeist befolgt wurden. Nur in Alzey und Gießen sei dies aus bestimmten Gründen nicht möglich gewesen.

Der Antrag Uebel-Adelung wurde nach dieser Erklärung zurückgezogen und das Kapital nach dem neuen Ausschußantrag bewilligt.

Das Haus tritt nun in die Beratung des Etats des Finanzministeriums ein und genehmigt ohne Aussprache die Kapitel 98—103: Ministerium, Hausverwaltung, Hauptstaatskasse, Forstverwaltung im allgemeinen, Kataster und Bauwesen, nach den Ausschußanträgen, sodann weiter den Rest des Finanzetats bis Kapitel 113, ebenso die Kapitel 114, Ausleihungen und Staatsschuld, und Kapitel 115, Ruhegehalte, Einnahmen 1 389 746 Mark, Ausgabe 5 828 570 Mark.

Bei Kapitel 116, Verhältnis zum Reich, wird der Antrag Dr. Osann mitberaten:

„Die Kammer wolle beschließen, an die Großh. Regierung das Ersuchen zu richten, daß nach dem Kriege bei dem Großh. Hofe Gesandte auswärtiger Mächte nicht mehr zugelassen werden."

Der Finanzausschuß beantragt, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident Köhler nimmt von seinem Platz als Abgeordneter (den Vorsitz hat Vizepräsident Dr. Schmitt) das Wort und führt etwa aus: Es handelt sich hier um die Gesandten der Mächte, mit denen wir jetzt im Kriege stehen. Ich vertrete den Standpunkt, daß für die spätere Zulassung der Vertreter dieser Mächte für uns kein Grund vorliegt. Bezüglich der englischen Gesandtschaft lag schon bisher absolut kein Grund vor. Hinsichtlich des russischen Vertreters wurde vom Herrn Staatsminister gesagt, daß dieser mit Rücksicht auf die hier studierenden Russen zugelassen wurde. Ich möchte, daß dies von seiten des Senats der Hochschule und durch die Polizei geschehe. Das wird aber in Zukunft gar nicht mehr notwendig sein, weil wir nach dem Kriege wohl keine russischen Studenten mehr hier haben werden (Zustimmung), die nur hier erscheinen, um später unsere Industrie zu erschweren. Somit brauchen wir auch in Zukunft keine Gesandtschaft mehr, um diese Russen im Zaum zu halten. Was trieben denn diese Gesandten hier überhaupt? Es wird erzählt, daß sie eigentlich nur zwei Schreiben anzufertigen hatten, das Zulassungs- und Abberufungsschreiben (Heiterkeit). Die englische Gesandtschaft war eigentlich nur für die Engländer selber sehr wichtig, und das war ein Unglück. Der Redner gibt zu, daß die Zulassung auswärtiger Gesandten an den Bundesstaaten unbeschränkt sei; die Frage sei aber lediglich vom Gesichtspunkt der Landesinteressen aus zu beurteilen. Jedenfalls sei die große Mehrheit dieses Hauses der Ansicht, daß die Vertreter der feindlichen Mächte in Zukunft nicht mehr zugelassen werden dürften. Wenn gesagt wird, sie hätten keine Gefahr für uns bedeutet, so heißt das doch die Augen allzu sehr verschließen. Es ist bekannt, daß sie sich unter dem Vorgeben, Wohlfahrtseinrichtungen zu studieren, sich über eine ganze Reihe von inneren Organisationen und Verhältnissen Kenntnis verschafft haben, die ihnen besser vorenthalten worden wären, Kenntnisse, die im Kriegsfalle von allergrößter Bedeutung sein können (Zustimmung). Es kann doch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es eine Hauptaufgabe dieser Herren war, nicht etwa Akten zu studieren, sondern unsere intimeren Verhältnisse auszuspionieren (lebh. Zustimmung). Das kann man nur vermeiden, wenn man diese Herren nicht mehr zuläßt. Wenn wir in Hessen etwas mit Rußland zu verhandeln haben, so kann dies auch mit Hilfe der Reichsbehörden geschehen. Hier halten wir die Herren für überflüssig und für schädlich. Der Herr Staatsminister hat seine frühere Erklärung eingeleitet mit einem Zitat aus Reuters „Onkel Bräsig", was ich bedauere. So humorvoll jene Erzählung von der Firigkeit ist, so weiß ich doch nicht, ob es richtig war, sie mit unserer sehr ernst gemeinten, dringlichen Anfrage in Verbindung zu bringen. Wir wollten damit bezwecken, daß eine schleunige Maßnahme gegen den Abtransport der Möbel des Lord Acton getroffen würde. Man hat uns darauf hingewiesen, daß die Freigabe auf einem Abkommen mit England beruhe. Dies konnte aber doch nur für die ersten Abmachungen gelten, doch nach alledem, was wir inzwischen mit England erlebten, nicht auch noch für Lord Acton in Darmstadt (Zustimmung). In unserer Anfrage ist deutlich zum Ausdruck gekommen, daß wir nicht den Wegtransport der Möbel an sich verhindern wollten, sondern daß der Zeitpunkt dafür der denkbar schlechteste war. Was wir mit England, das sich immer noch als den Beschützer der kleinen Nationen aufspielt, für trübe Erfahrungen machen mußten, braucht hier nicht näher angeführt zu werden. Abg. Dr. Osann hat früher schon mit Recht auf die unendliche Schandtat im Baralongfall und bei der Zeppelinmannschaft hingewiesen. Und gerade während dieser Zeit kommt der ehrenwerte Lord Acton und verlangt die Herausgabe seiner Möbel! Möge sich der Herr Staatsminister über den Umfang der Erregung im Volke nicht täuschen, sie ist sehr stark im ganzen Lande und mit der Raschheit, mit der man die Möbel hergab, hätte man eine genaue Antwort erteilen sollen. Der Redner geht nun noch näher auf die ganze Angelegenheit ein und bemerkt, er könne nicht verstehen, warum man sich so sehr bemüht zeige, dem Lord so schnell wie möglich seine Möbel zur Verfügung zu stellen. Er bedaure, daß die Anfrage an die Regierung nicht dazu geführt habe, die Freigabe in Berlin zu verhindern, und den Gefühlen, die wir gegen das feindliche England hegen, Rechnung zu tragen. Das fortgesetzte Entgegenkommen und Freundlichtun mit unseren Gegnern hat noch nie einen Erfolg gehabt. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Staatsminister Dr. v. Ewald führt aus, er habe eine undankbare Aufgabe, er müsse erklären, daß er dem Antrag des Ausschusses nicht zustimmen könne, obgleich er wisse, daß er damit dem allgemeinen Empfinden im Hause entgegentrete. Es komme doch auch einmal wieder der Friede und dann würden auch die Völker vermutlich wieder in ein gegenseitiges Verhältnis zu einander treten und sich vertragen müssen. Da sei es nötig, daß sich die Regierung für die Zukunft die Hand frei hält. Er habe geglaubt, so gerecht sein und anerkennen zu müssen, daß die Anwesenheit des russischen Vertreters auch uns gewisse Vorteile gebracht habe. Man habe ja früher gerade ein event. Einschreiten der Polizei bei eintretenden Konflikten mit Russen vermeiden wollen und als vor mehreren Jahren hier ein trauriger Vorfall sich ereignete (ein russischer Student hatte andere herausgefordert und war im Streit durch einen Stich tödlich verletzt worden) habe man dankbar anerkannt, daß die Gesandtschaft eintrat und den aufgeregten Leuten Zurückhaltung empfahl. Es hätten sonst recht unerwünschte Verwickelungen entstehen können. Der Staatsminister führte weiter aus, daß es sich hier weniger um eine diplomatische, als um eine konsularische Vertretung handelte. Vor allem sei aber jetzt noch nicht der Zeitpunkt zur Entscheidung in dieser ganzen Frage gekommen. Er könne es nicht als richtig anerkennen, zu entscheiden, ob man jemand zulassen wolle, während man noch gar nicht weiß, ob jemand überhaupt zugelassen werden will. Welche Veranlassung Lord Acton hatte, gerade zu jenem Zeitpunkt seine Möbel zu holen, wisse er nicht, aber ein Zugriff darauf wäre ein Wortbruch der deutschen Regierung gewesen, denn das Abkommen mit England bestand nicht nur zu Anfang des Krieges, sondern es gelte heute noch, und das auswärtige Amt, das Redner auf den Abtransport aufmerksam machte, habe ihm erwidert, daß kein Anlaß zur Festhaltung der Möbel vorliege. Der Minister bemerkt zum Schluß: M. H., Ihrer Entschließung will ich nicht vorgreifen, aber erwarten Sie nicht, daß die Regierung jetzt eine Entscheidung darüber treffen wird, wie diese Frage gelöst werden soll.

Damit schließt die Aussprache, das Haus genehmigt die Einnahme des Kapitels mit 4 552 113 Mk. und die Ausgabe mit 5 892 238 Mk. und stimmt einmütig dem vom Ausschuß zur Annahme empfohlenen Ersuchen an die Regierung zu.

Die Restkapitel des Verwaltungsetats werden darnach ohne Debatte genehmigt und ebenso stimmt das Haus den Beschlüssen des Finanzausschusses über die einzelnen Kapitel des Vermögensetats zu.

Damit ist der Staatsvoranschlag von der Zweiten Kammer erledigt bis auf das Kapitel „Direkte Steuern" und das Finanzgesetz, sowie die Abstimmung über den Staatskommissar für die landw. Zentralkasse, die morgen mit mehreren Regierungsvorlagen zur Erledigung kommen werden.

Schluß der Sitzung gegen 2 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag früh 9 Uhr.

Deutschlands Zoll- und Handelspolitik nach dem Kriege.

Gießen, den 24. März.

Auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins und Orts-Gewerbevereins sprach gestern abend im Saale des Hotels Großherzog von Hessen Handelskammersyndikus Dr. Zeidler, hier über die Zoll- und Handelspolitik nach dem Kriege. Aus den klaren und mit großem Interesse verfolgten Ausführungen des Redners geben wir nachstehendes wieder:

Bei einem Blick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Reiches steht das handelspolitische Problem mit an erster Stelle. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach dem Kriege eine ernste Zeit für den deutschen Außenhandel, besonders aber für die Ausfuhr, anbrechen wird. Ueber diese Zeit hinwegzuhelfen, den deutschen Außenhandel aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand ohne schwere Opfer hinüberzuleiten, ist vor allem Aufgabe der Handelspolitik.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege ist ein kurzer Ueberblick über die Entwickelung des deutschen Außenhandels in den letzten Jahren und seinen Beziehungen zu den Ländern der Welt von Wichtigkeit. Betrachtet man ferner den deutschen Außenhandel mit Europa nach den im Weltkrieg sich ergebenden Gruppen der gegen Deutschland feindlichen mit Deutschland verbündeten und Deutschland gegenüber neutralen Staaten, so ergibt sich, daß nach dem uns feindlich gesinnten Ausland der größte Teil der deutschen europäischen Ausfuhr ging (ein Drittel), hingegen betrug die Ausfuhr nach den mit uns verbündeten Staaten etwa 14 Prozent der gesamten Ausfuhr, während sie sich nach dem neutralen Europa auf etwa 26 Prozent der gesamten Ausfuhr stellte. Hinsichtlich der Einfuhr lagen die Verhältnisse ähnlich. Unterzieht man schließlich die Warengattungen bei der Ausfuhr einer aufmerksamen Beobachtung, so wird man finden, daß bei nahezu allen Ländern, mit

denen Deutschland in Handelsverbindung steht, das Fabrikat überwiegt, während die deutsche Einfuhr aus Europa aus Rohstoffen, Nahrungsmitteln, halbfertigen und fertigen Fabrikaten ungefähr zu gleichen Teilen sich zusammensetzt, die Einfuhr aus Uebersee hauptsächlich aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht. Diese statistischen Tatsachen lehren uns einmal, daß die deutsche Industrie, welche hauptsächlich Qualitätsware herstellt, die aufnahmefähigeren Märkte der in der europäischen Kultur vorgeschrittenen Welt aufsuchen muß.

Die eigenartige territoriale Differenzierung des deutschen Außenhandels lehrt uns noch ein zweites: Bis zum Ausbruch des Krieges ist Deutschland, wie bereits gesagt, mit mehr als drei Viertel seiner Ausfuhr auf europäische Länder angewiesen, und seine Einfuhr aus überseeischen Gebieten ist seit 1889 von 21 auf 46 Prozent des gesamten deutschen Einfuhr gestiegen, während der Anteil unserer Ausfuhr, der auf nichteuropäische Länder entfällt, sich seit 1889 fast nicht verändert hat. Es erwächst daher für uns die schwierige Aufgabe, unsere Ausfuhr in überseeische Gebiete entsprechend unserem von dort gestiegenen Bezuge zu vermehren, um so einen Ausgleich zu schaffen, was uns nach menschlichem Ermessen in etlichen der wichtigsten europäischen Länder zunächst verloren gehen könnte. Denn während des Krieges sind zahlreiche Bestrebungen unserer Gegner bekannt geworden, welche ausnahmslos darauf hinzielen, den deutschen Außenhandel dauernd nicht nur von den Märkten der jetzt mit uns im Kriege stehenden Länder, sondern vom Weltmarkte selbst auszuschalten.

Redner gab hierauf einen kurzen Ueberblick über all die Mittel und Methoden, welche England und seine Bundesgenossen während des Weltkrieges angewandt haben, um die deutsche Konkurrenz zu beseitigen, womit er ein wertvolles und für die Wirtschaftsgeschichte unserer Zeit außerordentlich wertvolles Material lieferte.

Wie weit und wie lange man der auch nach dem Kriege fortbestehende Haß der Völker auf wirtschaftliche Verhältnisse einwirken wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Es würde aber ein schwerer Irrtum sein, wenn man sich dem Gedanken hingeben wollte, daß bald nach dem Kriege die früheren Handelsbeziehungen unter den Völkern Platz greifen würden. Man muß im Gegenteil allen Ernstes der drohenden Gefahr ins Auge sehen und schon jetzt Mittel und Wege ausfindig machen, wie den Schwierigkeiten auf den Märkten des feindlichen Auslandes wirksam begegnet werden kann.

Warnende Stimmen, die die Unmöglichkeit eines Boykotts deutscher Waren darlegen, erheben sich schon sowohl in England wie in Frankreich und Rußland. So kann es wohl nach den Aeußerungen von feindlicher Seite ohne Bedenken ausgesprochen werden, daß allen Boykottbestrebungen gegenüber das Gesetz immer seine Wirksamkeit behalten wird, daß der Welthandel ein Austausch von Waren im Gegenseitigkeitsverkehr ist und daß infolgedessen auch England für seinen deutschen Absatz, Rußland für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Frankreich für seine Ausfuhr nach Deutschland nicht so leicht einen Ersatz finden werden. Der internationale Warenaustausch kann eben nur bis zu einem gewissen Grade von Stimmungen und Volksleidenschaften beeinflußt werden, da abseits von dieser künstlichen Beeinflussung des fühlenden Publikums bestimmte Gesetze den internationalen Handelsverkehr regeln, welche auch durch eine noch so weitgehende Organisation des Wirtschaftskrieges grundsätzlich nicht umgestoßen werden können.

Es wäre aber doch nun von Grund aus verkehrt, wollte man sich über die angekündigten Maßnahmen des feindlichen Auslandes einfach mit dem Troste hinwegsetzen, daß sich alles nach dem Kriege schon wieder einrenken werde. Man muß aber dabei den Handel in bestimmte Bahnen lenken, d. h. man muß von Staats wegen in eine systematische Förderung des Außenhandels eintreten. Und da erwächst zunächst als vornehmste Aufgabe für eine kluge und weitausschauende Politik der Abschluß langfristiger Handelsverträge. Der ungeheuere Wert von Handelsverträgen liegt weniger in der Vereinbarung niedriger Zollsätze, als vornehmlich in der Schaffung stabiler Verhältnisse, welche dem Kaufmann, besonders dem Exporteur, eine sichere Kalkulation für eine Reihe von Jahren ermöglicht. Wo Abschluß wird also die Grundlage für eine neue Betätigung im Auslande, auch im feindlichen, bilden müssen. Den größten Wert muß die deutsche Handelspolitik auf einen guten Handelsvertrag mit Rußland legen. Denn Rußland als ein gesichertes Betätigungsfeld für die deutsche Wirtschaftskraft übertrifft alle denkbaren Kolonialreiche der Welt. Dieses Handelsvertragsverhältnis braucht durchaus nicht ungünstig für Rußland zu sein, denn Handelsverträge sind ja immer gegenseitig. Bei der Neuregelung der Handelsbeziehungen mit Frankreich wird vor allem zu erwägen sein, ob nicht an die Stelle des bisherigen Meistbegünstigungsvertrages ein Tarifvertrag zu setzen ist, in welchem auch Vorsorge zu treffen ist, daß sich die Zollschikanen nicht wiederholen, unter welchen die deutsche Ausfuhrindustrie in den letzten Jahren besonders schwer zu leiden gehabt hat. Und die Regelung des zukünftigen Verhältnisses mit England wird ganz von der Frage abhängen, ob England auch zur Schutzzollpolitik übergehen wird, wovon allerdings kaum noch zu zweifeln ist. Für Amerika bleibt nach den Worten eines amerikanischen Gelehrten bei dem heutigen Stande der Sachlage kein anderer Weg übrig, als möglichst bald die alten Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen und nach Möglichkeit zu erweitern. Dadurch allein wird es Amerika möglich werden, am Kriegsende nicht kolossal dazustehen, denn es würde sich dann wohl erreichen lassen, daß Deutschland größere Mengen Rohstoffe und Waren von Amerika bezöge und mit dem Gelde einer Kriegsentschädigung bezahle. Im übrigen wird sich die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands nach den Erfahrungen dieses Krieges mehr nach Gesichtspunkten der Freundschaft und guter nachbarlicher Beziehungen orientieren müssen. Wir werden engere Fühlung mit unseren Verbündeten suchen müssen, besonders mit unserem nächsten Nachbar Oesterreich-Ungarn. Bei einem Wirtschaftsbündnis mit Oesterreich-Ungarn handelt es sich um ein schwierigeres Problem, als jene, die seinerzeit bei dem Zollverein in Preußen und Deutschland entgegenstanden. Die Durchführung des Gedankens kann sich aber nur Schritt für Schritt vollziehen und wird auf beiden Seiten Opfer erfordern. Bei der Abwehr der organisatorischen Boykottbewegungs-Bestrebungen unserer Gegner wird man ferner dem breiten Landstreifen, welcher sich von Berlin über Wien und Sofia nach Konstantinopel und von da nach Mesopotamien erstreckt, in wirtschaftlicher Hinsicht eine ganz besondere Pflege angedeihen lassen müssen. Nur darf man freilich sich in dieser Beziehung noch nicht allzugroßen Erwartungen hingeben.

Gewiß wird es bei siegreichem Ausgange des Krieges eine wichtige Aufgabe für uns sein, auch die militärische Bundesgenossenschaft mit Bulgarien und der Türkei wirtschaftlich auszubauen, ganz besonders in Kleinasien und Mesopotamien die Erzeugung für uns so wichtiger Güter wie Getreide, Baumwolle und Wolle, sowie Petroleum möglichst zu fördern. Aber die Erfahrung, daß der alte Satz „Gut Ding will Weile haben", im Morgenlande doppelt und dreifach gilt, wird auch durch den Krieg nicht umgestoßen werden. Der Weg Antwerpen—Bagdad dort also nicht der einzige bleiben; Deutschland muß sich den Weg über die Nordsee neu erobern, es darf nicht daran denken, den Kampf um den Weltmarkt irgendwie aufzugeben. Deutschland muß den Kampf mit dem ersten Tage wieder aufnehmen, an welchem der erste deutsche Handelsdampfer den heimischen Hafen verläßt. Im Hinblick auf dieses Ziel muß eine kluge und weitausschauende „Soll- und Handelspolitik nach wie vor die denkbar beste Pflege den überseeischen Beziehungen angedeihen lassen, deren Notwendigkeit in der überzeugendsten Weise bereits in einer Denkschrift des Reichsmarineamts aus dem Jahre 1914 treffend Ausdruck gegeben wird. In dieser Beziehung kann uns England vorbildlich sein. Nicht die starke Flotte allein hat England groß gemacht, sondern eine weitschauende großzügige Wirtschaftspolitik, eine praktische Anwendung und Erprobung des alten Erfahrungssatzes „der Handel folgt dem Kanonenboote" im größten Stile. Durch Investierung großer Kapitalien in überseeischen Ländern hat England es stets verstanden, sich den maßgebenden Einfluß auf die Absatzgebiete zu verschaffen. Es könnte daher auch für den deutschen Handel nichts gefährlicher und verderblicher sein, als unser Kapital aus überseeischen Unternehmungen zurückzuziehen. Ein beständiges und inniges Zusammenarbeiten des deutschen Großkapitals mit dem Exporthandel muß die Forderung des Tages bilden. Eines der vielversprechendsten überseeischen Absatzgebiete, auf dem sich deutsches Kapital erfolgreich betätigen kann, ist das chinesische Reich. Die Wiedergeburt des alten chinesischen Reiches im Geiste unserer Zeit wird die Handelsverhältnisse der ganzen Welt beeinflussen, und an uns wird es sein, zu entscheiden, wie weit wir daraus Vorteil ziehen wollen. Auch über Skambul und Bagdad führt der Weg nach Peking. Ein neues und zukunftsreiches Feld wirtschaftlicher Betätigung bietet ferner Persien. Es hat sich ja im Laufe der Zeit gezeigt, daß Persien aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, die vorhandenen Ertragsquellen zur Entfaltung zu bringen.

So liegt nach dem Gesagten zu einer trüben Beurteilung der künftigen Entwickelung unseres Welthandelsinteresses kein Grund vor. Nur das eine muß als Bedingung gefordert werden, daß das Deutsche Reich sich kraftvoller als seither hinter den deutschen Kaufmann bei seiner Betätigung auf dem Weltmarkt stellt. Unsere diplomatische und konsularische Vertretung im Auslande muß mehr vom kaufmännischen Geiste durchdrungen sein. Es ist weiter unbedingt erforderlich, den anderen Völkern Aufklärung über uns zu verschaffen, ihnen ein richtiges Bild unserer Bestrebungen zu geben, sie das deutsche Wesen verstehen und deutsche Kultur schätzen zu lehren. Zu diesem Zwecke muß nach dem Frieden eine großzügige Bearbeitung des internationalen Nachrichtendienstes und Beeinflussung der Preise des Auslandes, die unsere Feinde uns zum Schaden schon seit Jahrzehnten betrieben haben, einsetzen. Und der deutschen Handelsschiffahrt muß schließlich diejenige Sicherheit gegeben werden, deren sie bedarf, wenn sie auch nach dem Kriege in der Entwickelung fortschreiten soll, welche sie während der letzten Jahrzehnte so glänzend vollführte. Und diese Sicherung, ohne welche sich das Kapital von der Schiffahrt abwenden würde, ist eine starke Kriegsflotte.

Mit der Förderung unseres Außenhandels muß aber eine Erstarkung unseres inneren Marktes Hand in Hand gehen. Und da muß die erste Forderung lauten, daß der inländische Markt dem freien Wettbewerb des Auslandes nicht sofort nach dem Frieden freigegeben wird, solange das deutsche Gewerbe noch nicht in der Lage ist, ihm selbst zu decken. Da Deutschland bei Kriegsende ein rohstoffarmes Land sein wird, so müssen Schutzmaßregeln so lange getroffen werden, bis die deutsche Industrie im Besitze derjenigen Rohstoffe ist, welche es ihr ermöglichen, zunächst die Bedürfnisse des inländischen Marktes zu befriedigen und auch den Wettbewerb mit dem Ausland wieder aufzunehmen. Eine dauernde Stärkung des inneren Marktes wird aber erst gewährleistet durch eine weitausschauende Verkehrspolitik. Die Erfahrungen des Krieges drängen mit geradezu gebieterischer Notwendigkeit zu einer grundlegenden Aenderung nicht nur unserer Eisenbahn- sondern auch unserer Wasserstraßenpolitik. Die Zusammenfassung aller Verkehrsfragen unter einem einheitlichen Willen, Schaffung eines Reichsverkehrsministeriums, dem die Eisenbahnen und Wasserstraßen unterstehen, muß die Forderung sein, welche wir als Lehre aus diesem Kriege mit in den Frieden hinübernehmen müssen. Und nun noch ein Letztes: Soll unsere Handelspolitik und Verkehrspolitik von vollem Erfolge gekrönt sein, dann müssen wir es lernen, noch deutscher zu denken und zu handeln als seither, denn daran haben wir es in der Vergangenheit oft genug fehlen lassen.

In langen Friedensjahren haben wir uns, so schloß der Redner, weil wir allezeit den Frieden wollten, ruhig, doch beharrlich gerüstet zum Kriege. So wollen wir uns jetzt mit gleichem Eifer rüsten für den ehrenvollen Frieden. In ihm auch für des Vaterlandes Wirtschaft festzuhalten, was gut und groß war aus vergangenen Tagen und damit fest und dauernd zu vereinen, was immer an erhebenden inneren Werten uns neu beschieden ward im Sturm und Wetter der gewaltigen Zeit, das dünkt uns echte und rechte „Deutsche Arbeit".

Am Schlusse dankte Professor Krausmüller im Namen der beiden Vereine dem Redner für seine klaren und fesselnden Ausführungen.

Märkte.

fc. **Frankfurt a. M.** Viehhofmarktbericht vom 23. März. Auftrieb: Rinder 135 (darunter Ochsen 32, Bullen 3, Kühe und Färsen 100), Kälber 213, Schafe 54, Schweine 9.

Marktverlauf: Kälber und Schafe werden bei lebhaftem Handel schnell abgesetzt.

	Preise für 100 Pfd. Lebend- gewicht. Mk.	Schlacht- gewicht. Mk.
Kälber.		
Feinste Mastkälber	135—138	225—230
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	130—135	217—225
Geringere Mast- und gute Saugkälber	120—125	204—212
Geringe Saugkälber	113—118	192—200
Schafe.		
Weidemastschafe.		
Mastlämmer und jüngere Masthammel	192—00	200—00